

Rätselhafter Untergang

Vor einem Jahr versank ein ehemaliges DDR-Schulschiff in der Ostsee. Seite 3



Wer ist David Bowie?

Eine Antwort findet die Ausstellung in Berlin nicht – aber viele Spuren. Seite 14

Fotos: Victoria and Albert Museum London/Jaron James (l), SPD/Knoll (r)

Wiedersehen in Brüssel

Sylvia-Yvonne Kaufmann will zurück ins EU-Parlament – mit SPD-Ticket und ohne Berührungsanstang gegenüber den Linken. Seite 5



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 20. Mai 2014

69. Jahrgang/Nr. 116

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Wer lügt?

Uwe Kalbe über den Umgang der Regierung mit Rüstungsexporten

Muss man von der Bundesregierung nicht Verbindlichkeit verlangen? Generell und überhaupt? Haben nicht auch Rüstungskonzerne ein Recht, sich darauf zu berufen? Die Bundesregierung scheint es selbst nicht so genau zu wissen. Jedenfalls widersprechen sich zwei Bundesminister in der Sache, wenn es um die Genehmigung von Panzerlieferungen geht. Und das, sollte man meinen, geht überhaupt nicht.

Einerseits handelt es sich bei der Frage um Rüstungsexporte in erster Linie um eine politische Entscheidung. Über ihre Linie muss sich eine Koalition verständigen – vor Beginn der Regierungsarbeit. Weil dies nicht geschah, drückt sich die Regierung nun um klare politische Antworten. Das moralische Zeugnis, das sie sich mit ihrer Haltung zu Rüstungsexperten zugleich ausstellt, lässt Sigmar Gabriel nun ins Schlingern geraten.

Andererseits ist die Regierung natürlich an Recht und Gesetz gebunden. Doch ob sie an Zusagen ihrer Vorgänger gebunden ist oder nicht, darüber scheint es verschiedene Auffassungen zu geben. Der Grund: Hier wird nun plötzlich strikt politisch statt juristisch entschieden. Je nach Gusto sieht Innenminister de Maizière keine Verbindlichkeit von Voranfragen, Minister Gabriel dagegen schon. De Maizière drückt sich vor Transparenz der Regierungsentscheidungen – vor verbindlichen Abmachungen braucht es schließlich keine Information der Opposition. Und Gabriel drückt sich vor der Auseinandersetzung mit der Rüstungsindustrie. Es kann nur eine juristische Alternative geben. Die jeweils andere ist gelogen.

UNTEN LINKS

Endlich hat mal jemand ermittelt, was den Deutschen die EU wert ist: So viel wie beachtliche vier Kästen Bier. Oder sechs Kinobesuche. Glauben Sie nicht? Na, was würden Sie denn für die Errungenschaften der Europäischen Union auf den Tisch legen, wenn Sie dafür Gebühr bezahlen müssten? Ein Meinungsforschungsinstitut hat jetzt genau diese Frage gestellt und ist auf interessante Ergebnisse gestoßen. Zum Beispiel, dass Männer fast doppelt so viel für die EU ausgeben würden als Frauen. Nun fragen wir uns, ob das an den Leistungen der EU liegt – oder an den Frauen, von denen wir bisher dachten, sie seien weniger europaskeptisch als die Männer. Enttäuscht sind wir auch von den Älteren, die weniger für Frieden, Wohlstand und Freiheit ausgeben würden als die Jugend mit ihren lustigen Bärten und Brillen. Was? Die EU ist gar nicht so friedlich, Sie selbst sind immer noch nicht wohlhabend und die Freiheit in der EU ist alles, nur nicht grenzenlos? Was hatten Sie denn für 61 Euro erwartet? tos

Supermesse für Knall und Fall

ILA als Begleitmusik zu Debatten über Rüstungsexporte und neue Drohnenpläne



Kunden gesucht. In verschiedenen Varianten wird der »Eurofighter« auf der ILA 2014 angepriesen.

Foto: AFP/Odd Andersen

Berlin. Keine ILA ohne Rüstungsprotzen: Die an diesem Dienstag öffnende Internationale Luft- und Raumfahrt ausstellung ist immer auch eine moderne Heerschau – wenn man »Heer« nicht auf Landstreitkräfte beschränkt. Eine volltönende Begleitmusik zur aktuellen Debatte über Rüstungsexporte im Wert von knapp 1,2 Milliarden Euro, die die Bundesregierung in den ersten Monaten ihrer Amtszeit genehmigt hat. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) als der zuständige Ressortchef befindet sich danach nun plötzlich in Turbulenzen. Denn er erklärt, er habe sich bei der Zustimmung zu den Exportgeschäften an Zusagen der Vorgängerregierung halten müssen und damit praktisch keine Wahl gehabt. Die Opposition erinnert sich derweil an gegenteilige Aussagen von Bundesinnenminister Thomas de Maizière im April vor dem Bun-

desverfassungsgericht. Dabei ging es um von der Opposition geforderte Transparenz über Rüstungsexportzusagen der Bundesregierung. Nicht notwendig, weil nicht rechtsverbindlich, lautete knapp zusammengefasst die juristische Position de Maizières.

Nicht zufällig einen Tag vor Eröffnung der ILA in Berlin-Schönefeld boten sich der Airbus-Konzern, das französische Unternehmen Dassault Aviation und Alenia Aermacchi aus Italien als Hersteller einer westeuropäischen Drohne an. Sie sind auf Steuermilliarden für die Entwicklung des unbemannten Luftfahrzeuges aus, das für Aufklärungs- wie für Kampfeinsätze genutzt werden kann.

Die Staats- und Regierungschefs der EU hatten sich im Dezember ganz allgemein für ein solches Projekt ausgesprochen. Auch die Bundesregierung und die Bundeswehrfüh-

rung sind durchaus dafür zu haben – schon um nicht abermals dem Angebot von US-Firmen ausgeliefert zu sein. Doch mit dieser Art von Überfall stoßen die Konzernchefs bei der deutschen Verteidigungsministerin auf taube Ohren. Ursula von der Leyen (CDU) sagte am Montag in Berlin, das Angebot der drei Unternehmen »hat mir gegenüber in Gesprächsform nicht stattgefunden«. Bestätigen konnte sie nur, dass am Freitag auf Arbeitsebene ein Brief eines Rüstungsunternehmens mit einem Angebot eingegangen sei. Doch sie sehe derzeit »keinen Entscheidungsdruck«. Das Thema müsse zunächst in einer »breiten gesellschaftlichen Debatte« und auch im Bundestag erörtert werden. Die Ministerin hat bereits 18 Großrüstungsprojekte zu verantworten, die nach ihrer Ansicht nicht ordentlich bilanziert sind. uka/hei

Seiten 2 und 6

Emir von Katar steigt bei Deutscher Bank ein

Großinvestor aus den Golfstaaten soll bei der Kapitalaufstockung helfen

Wenige Tage vor der Hauptversammlung kündigt die Deutsche Bank eine Kapitalerhöhung an.

Von Kurt Stenger

Die Emir-Familie aus Katar investiert 1,75 Milliarden Euro in die Deutsche Bank und wird größter Einzelaktionär. Dies ist Teil einer Kapitalerhöhung von acht Milliarden Euro, teilte Deutschlands größtes Geldhaus in Frankfurt am Main mit. »Wir stärken unser Kapital maßgeblich, verbessern unsere Wettbewerbsposition weiter und investieren in gezielte Wachstumsinitiativen«, erklärten die Bankchefs Jürgen Fitschen und Anshu Jain.

Die Deutsche Bank will mit der zweiten Kapitalerhöhung binnen eines Jahres vor allem Auflagen der internationalen Eigenkapitalregeln »Basel III« erfüllen – größere Risikopuffer sollen verhindern, dass Banken in Krisenzeiten

erneut die Steuerzahler belasten. Durch das frische Geld steigt die Kernkapitalquote (Eigenmittel in Relation zu Risikoposten wie Krediten und Wertpapieren) von zuletzt 9,5 auf 11,8 Prozent. Die maximale Verschuldungsquote (Eigenmittel zu Bilanzsumme) steigt über die Drei-Prozent-Marke. Damit sieht sich die Deutsche Bank für den laufenden Stresstest der EU-Zentralbank gut gerüstet.

Zunächst gehen 60 Millionen neue Aktien an die Kataris. Der Golfstaat setzt seit einigen Jahren auf Diversifizierung der auf Erdgasförderung basierenden Wirtschaft. So hat man in der Hauptstadt Doha ein Finanzzentrum errichtet, in dem die Deutsche Bank bereits 2007 eine Niederlassung eröffnete. Außerdem wurden Petrodollar in westliche Industrieunternehmen und seit der Finanzkrise auch in Großbanken wie die britische Barclays, die schweizerische Credit Suisse, die Bank of America und die Agricultural Bank

of China investiert. Meist wird dies über den Staatsfonds der Qatar Investment Authority abgewickelt. Bei der Deutschen Bank ist es hingegen die Paramount Services

Der Einfluss der Kataris auf die Geschäftspolitik der Bank dürfte trotz der Großinvestition eher gering sein.

Holding, das Finanzvehikel der Monarchenfamilie selbst. In autokratisch regierten Ländern ist die Vermischung von Eigentum des Staates und der Herrscher nicht ungewöhnlich.

Der Einfluss der Kataris auf die Geschäftspolitik der Bank dürfte trotz der Großinvestition eher gering sein. Mit einem Anteil von künftig rund 5,6 Prozent haben sie

keinen Anspruch auf einen Sitz im Aufsichtsrat. Die Deutsche Bank selbst sieht in Paramount einen »Ankerinvestor« – er soll den Erfolg der restlichen Kapitalerhöhung absichern. Im Juni werden bis zu 240 Millionen neue Aktien den Alteigentümern angeboten.

Die Scheichs dürften vor allem auf eine längerfristig rentable Kapitalanlage setzen. Seit der Finanzkrise sind die Bankaktien stark im Kurs gefallen und günstig zu haben. Gleichzeitig erwarten Investoren wieder eine deutliche Erholung, wenn die »Basel-III«-Auflagen erfüllt sind.

Tatsächlich möchte die Deutsche Bank mit dem Geld auch in Schwellenländern investieren und auf dem US-Markt im Investmentbanking punkten. Nach Jahren des Gesundheitschumpfens und der Beseitigung teurer Altlasten hat das Gespann Fitschen/Jain den Anspruch, »die führende kundenorientierte globale Universalbank zu sein«.

Personalie Seite 4

Regierungsparteien und SYRIZA Kopf an Kopf

Erste Runde der Kommunalwahl in Griechenland ohne Entscheidungen

Athen. Die erste Runde der Kommunal- und Regionalwahlen in Griechenland hat keine klaren Ergebnisse hervorgebracht. Die oppositionelle Linkspartei SYRIZA liegt mit den Regierungsparteien Nea Dimokratia und der sozialdemokratischen PASOK fast gleich auf. SYRIZA war zwar in Athen erfolgreich, in der Provinz dominierten aber die Koalitionsparteien. Die Wahlbeteiligung lag bei 61,4 Prozent, wie das Innenministerium am Montag mitteilte.

In der Hauptstadtregion Attika, wo etwa 30 Prozent aller griechischen Wahlberechtigten leben, führt die SYRIZA-Kandidatin Rena Dourou mit 23,76 Prozent der Stimmen. Der von PASOK unterstützte Kandidat Giannis Sgouros kam auf 22,2 Prozent. Damit ist am kommenden Sonntag eine Stichwahl nötig. Auch in zwölf weiteren Regionen muss eine zweite Wahlrunde, die dann gleichzeitig mit der Europawahl stattfindet, die Entscheidung bringen.

Der konservative Regierungschef Antonis Samaras wertete das Ergebnis vor allem in den Provinzen als positiv. Tsipras entgegnete: »Nächsten Sonntag wird unsere Stimme das Land verändern.« Die Europawahl werde ein »Referendum über das Memorandum (Sparprogramm)« sein. Die Zeitung »Kontra News« titelte: »Das Volk und Alexis haben gewonnen. Die Troika soll ihre Koffer packen.«

In der Hauptstadt Athen kam es zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen des Bürgermeisters Giorgos Kaminis (21,5 Prozent) mit Gavriil Sakellariades von SYRIZA (20,1 Prozent). Kaminis wird hauptsächlich von PASOK und von der Demokratischen Linken unterstützt. Die rechtsextreme »Goldene Morgendämmerung« kam mit ihrem Kandidaten in Athen, Ilias Kasidiaris, auf etwa 16 Prozent. dpa/nd

Große Koalition findet Kompromiss zu Rente mit 63

LINKE fordert Anrechnung aller Arbeitslosenzeiten

Berlin. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hat die Einigung im Streit um die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren begrüßt. Nun sei der Weg frei für eines der größten Gesetzesvorhaben der Großen Koalition. Die Koalitionsspitzen hatten sich zuvor auf einen Kompromiss geeinigt. Demnach sollen bei der Rente mit 63 für langjährige Beitragszahler Zeiten der Arbeitslosigkeit ohne zeitliche Befristung anerkannt werden. Um Frühverrentungen zu verhindern, wird aber ein »rollierender Stichtag« eingeführt. Damit werden die letzten zwei Jahre Arbeitslosigkeit vor dem Renteneintritt nicht als Beitragsjahre anerkannt – es sei denn, eine Insolvenz des Arbeitgebers oder eine Betriebschließung ist der Grund für den Jobverlust.

DGB-Vorstand Annelie Buntenbach kritisierte, dass die Ausnahmen nicht bei betriebsbedingten Kündigungen gelten und Beschäftigte in Kleinbetrieben benachteiligten, in denen es keinen Kündigungsschutz gebe. »Es muss unmissverständlich klargestellt werden, dass alle, die in den letzten zwei Jahren vor der Rente ab 63 unverschuldet arbeitslos werden, dafür nicht bestraft werden.«

Der rentenpolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, Matthias W. Birkwald, bezeichnete das Paket als ungerecht. Die SPD habe sich von Arbeitgebern und Unionskleinkriegern lassen. Ein erster Schritt zu mehr Gerechtigkeit wäre es, alle Zeiten der Arbeitslosigkeit anzuerkennen und das Renteneintrittsalter für langjährig Versicherte nicht bis 2029 auf 65 ansteigen zu lassen. nd/Agenturen

Seiten 4 und 6

ISSN 0323-4940

